

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
Interessenvertretungen der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Lars Hartwig
Telefon: 361 92629

-Rundschreiben Nr. 7 vom 10. Mai 2023

Personalräteversammlung vom 4. Mai 2023 zur Bürgerschaftswahl

Der öffentliche Dienst verdient große Wertschätzung - in diesem Punkt waren sich alle Politiker:innen einig. Der Gesamtpersonalrat hatte die Spitzenkandidat:innen der in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien eingeladen, vor den Interessenvertretungen ihre Vorstellungen für die Zukunft des öffentlichen Dienstes darzulegen.

Peter Bollhagen von der FDP, der kurzfristig den Spitzenkandidaten Thore Schäck vertrat, eröffnete mit seiner klaren Position die erste Kontroverse: „Wir stehen für Privatisierung und sind gegen Rekommunalisierung.“

Frank Imhoff, Spitzenkandidat der CDU, räumte hingegen ein, einige der Privatisierungen in der Zeit der großen Koalition seien rückblickend „in einigen Bereichen echt nicht gut gewesen.“ Gut funktionierende Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen, wie etwa hanseWasser, sollten aber nicht rekommunalisiert werden.

Bürgermeister und Spitzenkandidat der SPD, Dr. Andreas Bovenschulte, hob hervor, der Senat habe 1500 zusätzliche Stellen geschaffen. Er wolle weiter Personal aufbauen, wo hohe Bedarfe bestehen, insbesondere bei bürgernahen Dienstleistungen. Außerdem nahm er für sich in Anspruch, bereits 2010 das Thema Rekommunalisierung auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Dies bleibe weiterhin wichtig, mitunter sei aber eine vollständige Rekommunalisierung nicht der beste Weg.

Kristina Vogt, Spitzenkandidatin der LINKEn, erinnerte an die Abschaffung der Quote zur Personaleinsparung und forderte für die Zukunft eine strategische Personalentwicklung. Stellen sollten nicht erst ausgeschrieben werden, wenn Kolleg:innen bereits ausgeschieden sind. Sie wolle eine Rekommunalisierung. Dies sei wichtig für die Sicherung der Daseinsvorsorge und auch finanziell vorteilhaft.

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender Björn Fecker, der die Spitzenkandidatin Dr. Maike Schaefer vertrat, sagte, er sei ein Freund eines starken und funktionierenden öffentlichen Dienstes. Personalaufstockungen seien wichtig, die finanziellen Rahmenbedingungen aber zu beachten. Scharfe Kritik übte er an den Privatisierungen. Rekommunalisierung müsse man im Detail anschauen.

Ver.di-Geschäftsführer Markus Westermann sprach sich dafür aus, die Rekommunalisierung mutig anzugehen und nach dem Vorbild anderer Kommunen große Lösungen zu suchen. Er brachte eine Gesellschaft ins Spiel, in der u. a. swb, hanseWasser, BSAG und Bremer Bäder zusammengefasst und durch interne Verlustausgleiche die Haushalte entlastet werden könnten.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb, Sven Stritzel, wies - auch mit Blick auf den angekoppelten Landesmindestlohn - darauf hin, dass der TV-L inzwischen weit abgehängt sei.

Für die GEW forderte Barbara Schüll: Bildung zuerst. Wenn der Bildungssektor den Fachkräftemangel der Zukunft verhindern soll, brauche er mehr Ressourcen. Zusätzliches Personal, das heute vermehrt über Quereinstiege gewonnen werde, müsse besser an die Aufgaben herangeführt werden. Für mehr Arbeitgeberattraktivität forderte sie einen kostenfreien ÖPNV, zumindest aber einen Zuschuss des Arbeitgebers zum 49-€-Ticket.

Für die GdP forderte der Landesvorsitzende Nils Winter, der nächste Senat solle einen Schwerpunkt auf die innere Sicherheit legen. Die objektive Sicherheit und auch das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen müsse gestärkt werden. Um das erforderliche Personal zu gewinnen, müsse die Bezahlung angemessen sein. Ein wichtiges Thema sei auch die Ausstattung: So könne es nicht angehen, dass die Polizei Verwarnungsgelder immer noch nicht elektronisch kassieren kann.

Unterschiedliche Schwerpunkte setzten die Politiker:innen beim Thema attraktivere Arbeitsbedingungen: Während Frank Imhoff stark auf Homeoffice und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf abhob, sagte Dr. Andreas Bovenschulte: „Arbeiten von zu Hause sei ein Aspekt, eine gute Bezahlung aber ebenso“. Kristina Vogt forderte vor allem mehr Aufstiegsmobilität und Durchlässigkeit für Beschäftigte in den unteren Entgelt- und Besoldungsstufen. Björn Fecker zeigte sich sehr angetan von den Eckpunkten für das ortsflexible Arbeiten und hofft, dass die Dienstvereinbarung abgeschlossen wird. Peter Bollhagen stellte fest, Personalmangel sei ja ein universelles Problem. Für seinen Handwerksbetrieb sei Zuwanderung da eine große Hilfe.

Eindeutig bekannten sich die Vertreter:innen der aktuellen Koalition zur Bremer Erklärung. Sie betonten zudem die Verbesserungen, die sie in der abgelaufenen Legislaturperiode beim Landesmindestlohn und beim Tariftreuegesetz erreicht haben. Frank Imhoff signalisierte zumindest eine grundsätzliche Bereitschaft, über die Bestätigung der Bremer Erklärung nachzudenken. Demgegenüber bekannte sich Peter Bollhagen eindeutig zu Instrumenten wie etwa Zeitarbeit und Minijobs. Aus seiner Sicht gebe es keine prekäre Beschäftigung. Zudem sei der Mindestlohn nur eine „hypothetische Größe“: Dafür finde man heute keine Mitarbeiter:innen mehr.

Markus Westermann stellte fest, dass auch heute noch manche im öffentlichen Bereich Tätige sehr problematische Arbeitsbedingungen hätten. Das gelte beispielsweise für die Pförtnerdienste, die in einem Fall sogar als Ich-AG ausgegliedert sei. Er forderte daher, die ausgegliederten Bereiche in den öffentlichen Dienst zurückzuholen.



Mit Ausnahme von Peter Bollhagen, der das Personalvertretungsgesetz „auf eine Ebene der normalen betrieblichen Mitbestimmung modifizieren“ will, bekannten sich alle anderen Kandidat:innen zum Bremischen Personalvertretungsgesetz. Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte erinnerte an Hans Koschnick, der immer gesagt habe: „Da wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht als Obrigkeitsstaat gegenüberreten, machen wir das erst recht nicht gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“ Frank Imhoff war allerdings der Auffassung, es gäbe womöglich Punkte, die nicht mehr zeitgemäß seien. Er wisse aber nicht im Einzelnen, welche. Björn Fecker verwies darauf, dass es in seiner Partei auch andere Auffassungen gebe. Diese wurden aber nicht ins Programm aufgenommen.

Am Ende der Veranstaltung waren sich alle Anwesenden wieder einig - keine Rechtspopulisten in die Bremische Bürgerschaft! „Wir wollen uns gemeinsam stark machen für Demokratie und ein solidarisches Miteinander!“, so der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats.

Mit kollegialen Grüßen

Lars Hartwig
Vorsitzender